

Der Ausschuss des ADGB.

trat am 15. und 16. Februar zu seiner 7. Sitzung zusammen. Der Vorsitzende Leipart wies in seinem Bericht zunächst auf die Tatsache hin, daß der mit der Kabinettsbildung zuerst betraute Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zum erstenmal die Gewerkschaften berief, um ihre Meinung über die dringlichsten sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen zu hören. Er erklärte, daß er es für selbstverständlich halte, daß auch in Zukunft die Gewerkschaften ebenso wie die Unternehmerverbände um ihre Meinung gefragt würden. Die deutsche Arbeitererschaft hätte erwarten dürfen, daß schon vor Weihnachten ihre Forderung nach Wiedereinführung des Achtstundentages erfüllt worden wäre. Statt dessen ist von dem Führer der Volkspartei die Regierungskrise heraufbeschworen worden in der Absicht, eine Reichsregierung zustande zu bringen, um den Achtstundentag zu verhindern. Das Notgesetz über den Achtstundentag ist die vordringlichste sozialpolitische Frage und im Zusammenhang mit ihr eine Gestaltung des Arbeitsschutzgesetzes, die den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft entspricht. Der Bundesvorstand hat sich in den letzten Wochen auch eingehend mit den geplanten Mieterhöhungen beschäftigt. Statt des Abbaues des Mieterschutzes wäre vielmehr ein neues soziales Wohnrecht zu fordern. Leipart ging sodann auf die Kartell- und Monopollfrage ein, auf die Beschlüsse des Londoner Wanderungskongresses und auf die in der Presse veröffentlichte Erklärung der italienischen Gewerkschaftsführer. Hier muß man berücksichtigen, daß jede freie Betätigungsmöglichkeit der italienischen Bundeszentrale fehlt. Die alten Gewerkschaftsführer standen daher vor der Alternative, entweder von jeder Betätigung ausgeschlossen zu sein oder zu versuchen, in den faschistischen Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Es ist jedenfalls nicht angebracht, über die in langen Jahrzehnten bewährten Führer der italienischen Gewerkschaften voreilig den Stab zu brechen.

In der Debatte ergab sich im allgemeinen die Uebereinstimmung des Bundesausschusses mit den Ausführungen Leiparts.

Ueber das Notgesetz betr. den Achtstundentag machte Graßmann Mitteilung von den Verhandlungen mit Regierungsstellen und Fraktionen des Reichstags über Maßnahmen zur Einschränkung der Ueberzeitarbeit. Schon vor der Bildung der neuen Regierung haben die Vertreter der Gewerkschaften sehr wenig Entgegenkommen bei ihren Verhandlungspartnern gefunden. Jetzt hat nun die Regierung einige Verordnungen auf Grund des § 7 der geltenden Arbeitszeitverordnung herausgebracht, durch die für einige Arbeitergruppen die Arbeitszeit auf 48 Stunden festgesetzt wird. Inzwischen hat in den Gewerkschaften selbst eine Kampagne gegen das Ueberstundenwesen eingesetzt. In der Presse wie in Konferenzen und Versammlungen wurde sie durchgeführt. Die Reichsarbeitsverwaltung hat Erhebungen über die tatsächliche Arbeitszeit, besonders über die Ueberstunden, angestellt und im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht. Die Bewegung der Gewerkschaften hat bereits Früchte getragen. Die Arbeiterschaft beginnt zu erkennen, daß die Folge der durch Ueberstunden erhöhten Verdienste eine Kürzung der Löhne ist.

Die Erwartung, daß die Schlichtungsbehörden den durch riesenhaftes Anwachsen der Mehrarbeitsstunden, wie durch das Vorhandensein von Hunderttausenden von Erwerbslosen und Kurzarbeitern gekennzeichneten Zustand erkennen und ihn würdigen werden, hat sich bedauerlicherweise nicht erfüllt. Schiedsprüche aus jüngster Zeit lassen erkennen, daß die Schlichter eher das entgegengesetzte Ziel verfolgen. Graßmann erwähnte als Beispiel hierfür den in diesen Tagen ergangenen Schiedspruch für die Leipziger Metallindustrie. Vor wenigen Tagen haben nun das Reichskabinett über das von ihm geplante Notgesetz Beschluß gefaßt. Einzelheiten über den Inhalt der Vorlage seien noch nicht bekannt und es wird noch einige Zeit verstreichen, bevor sie an den Reichstag gelangt. Wie aber die parlamentarische Aktion für den Achtstundentag auch aussehen mag, die Arbeiterschaft darf keine Gelegenheit verpassen, aus eigener Macht der Gewerkschaften Verkürzungen

der Arbeitszeit durchzusetzen. Die Unternehmer müssen wissen, daß sie keine Ruhe bekommen, bis der Achtstundentag erzwungen ist.

In der nun folgenden Debatte wurde von den Vertretern aller Verbände eine scheidende scharfe Kritik an der unverantwortlichen Spruchpraxis einiger Schlichter sowie der Verbindlichkeitserklärung derartiger Schiedsprüche durch den Reichsarbeitsminister geübt. Vor allem der Schiedspruch des fälschlichen Schlichters zur Regelung der Arbeitszeit der Metallarbeiter des Tarifgebietes Leipzig wurde allgemein als eine unerhörte Provokation empfunden.

Das einleitende Referat vom dritten Punkt der Tagesordnung, Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes, hielt der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes.

Der Kernpunkt des Entwurfes ist die Regelung der Arbeitszeit, er bietet jedoch kein klares Rechtsbild. Bekanntlich ist der Arbeiterandrang im Verhältnis zur Vorkriegszeit sehr groß. Der Arbeitsapparat weitet sich aus. Außerdem befinden wir uns in einer rapiden technischen Entwicklung. Das Anwachsen des technischen Produktionsapparates wirft neue Probleme für den Arbeitsmarkt auf. In Amerika steht bereits die 40-Stunden-Woche zur Diskussion. Diese Entwicklung ignoriert der Entwurf, er vertritt sich auch nicht mit dem Washingtoner Abkommen, vor allem im § 10, der dem § 5 des Washingtoner Abkommens widerspricht. Das Washingtoner Abkommen bindet die andere Verteilung der Arbeit ausschließlich an Tarifverträge, während der deutsche Entwurf andere Möglichkeiten vorsieht. Das Washingtoner Abkommen verlangt für den gesamten Komplex von Arbeitszeitüberschreitungen Vor- und Nacharbeitszuschläge von 25 v. H., im Gegensatz zu der Auffassung, die die Arbeitsminister auf ihrer Konferenz vertreten haben. Der Entwurf sieht zwar grundsätzlich eine Arbeitszeit von 8 Stunden vor, läßt aber die Möglichkeit zu, die Arbeitszeit z. B. nach § 10 Abs. 2 über 10 bis 12 Stunden täglich, ja noch darüber hinaus, zu verlängern. Als Mehrarbeit sollen nach dem Entwurf 60 Stunden durch den Arbeitgeber möglich sein, außerdem 240 Stunden durch tarifvertragliche Vereinbarungen!

Die Gewerkschaften lehnen nicht grundsätzlich jede Ueberarbeit ab. Sie wollen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen. Das Washingtoner Abkommen gibt keine Begrenzung der Höchstzahl der Ueberstunden. Man dachte an etwa 100 Stunden. Der deutsche Entwurf sieht 300 Stunden vor! Der Bundesvorstand wird zusammen mit dem Sozialpolitischen Ausschuss unter jeweiliger Heranziehung der in Frage kommenden Verbände die Forderungen der Gewerkschaften näher präzisieren. Der Bundesausschuss fordert, daß das Arbeitsschutzgesetz die Arbeitszeit klar und eindeutig und für alle Arbeiter auf höchstens 48 Stunden wöchentlich begrenzt. Etwaige Ueberarbeit darf, unter strengster Beschränkung auf wirklich dringliche Fälle, nur auf Grund von frei zwischen den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter und Unternehmer vereinbarten Bestimmungen und unter Zahlung eines besonderen Zuschlages von mindestens 25 v. H. zugelassen werden. Die Möglichkeit von Zwangstarifen mit längerer Arbeitszeit durch verbindlich erklärte Schiedsprüche ist gänzlich auszuschalten.

Dann nahm der Bundesausschuss Stellung zur Wohnfrage und Mieterhöhung:

Während die Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen die wichtigste Voraussetzung für eine Ueberwindung der furchtbaren Arbeitslosigkeit ist, droht die Wirtschaftspolitik der Unternehmer und der Regierung die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten noch weiter herabzubringen. Trotz der Rationalisierung und der vermehrten Ausbeutung der Arbeitskraft zeigen gerade die Massenverbrauchsgegenstände der Industrie keine oder eine ganz geringe Preisentwertung, die den Gewinnen der Unternehmungen auch nicht entfernt entspricht. Statt dessen steigen die Lebensmittelpreise. Hinzu droht eine erhebliche Steigerung der Wohnungsmiete zu treten. Das von den großen Wirtschaftsverbänden der Unternehmer unterstützte Drängen der Hausbesitzer nach beschleunigter Erhöhung der Wohnungsmieten soll schon am 1. April zu einer weiteren Mieterhöhung um 20 v. H. führen. Die Gewerkschaften haben vor diesem volkswirtschaftlich unberechtigten und gefährlichen Schritt eindringlich gewarnt. Sie müssen unter Hinweis auf

die von ihnen veröffentlichten Richtlinien für den Wohnungsbau diese Warnung wiederholen. Der Bundesausschuss fordert: Die Rente der Hausbesitzer darf unter keinen Umständen erhöht werden. Alle eintretenden Mieterhöhungen müssen durch gleichzeitige Lohnenerhöhungen ausgeglichen werden. Insbesondere sind in allen Lohnvereinbarungen bindende Klauseln vorzusehen, wonach alle im Laufe der Vertragsperiode eintretenden Mieterhöhungen automatisch durch Lohnenerhöhungen ausgeglichen werden. Darüber hinaus muß aber zur Beseitigung der allgemeinen Notlage der Arbeiterschaft, zur Hebung der Kaufkraft der breiten Massen und zur Ueberwindung der chronischen Arbeitslosigkeit mit größter Beschleunigung das Lohnniveau systematisch erheblich gehoben werden.

Von den amtlichen Schiedsorganen, die an der Lohnfestsetzung mitwirken, muß gefordert werden, daß sie in ihren Schiedsprüchen nicht etwa nur die Mieterhöhungen ausgleichen, sondern darüber hinausgehende Lohnenerhöhungen den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen.

Zur Erwiderung!

In Nr. 7 unserer Zeitung wundert sich der Kollege K. K. aus Frankfurt a. M., daß ich einer nochmaligen Beitragserhöhung das Wort rede. Er bezweifelt weiter auf Grund seiner früheren Erfahrungen in Breslau die Opferwilligkeit der Breslauer Mitglieder.

Nun habe ich ja allerdings in meinen früheren Artikeln nur meine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht, aber ich glaube auf Grund meiner Erfahrungen und der vorhandenen Tatsachen auch im Sinne sehr vieler hiesiger Mitglieder geschrieben zu haben und hoffe in folgendem unserem Landsmann den Beweis darüber zu führen. Schon bei der vorjährigen Vorlage des Verbandsvorstandes auf Einführung eines Extrabeitrages zur Hilfe für die Ausgesteuerten habe ich der zentralen Regelung zugestimmt und gleichzeitig darauf verwiesen, daß Breslau bereits Extrabeiträge zugunsten der arbeitslosen Mitglieder erhebe, die z. B. in der 5. Klasse 30 Pf. wöchentlich betragen. Deshalb verlangte ich auch mindestens Verdoppelung der vom Verbandsvorstand geforderten Sätze und es wäre m. E. besser gewesen, gleich ganze Arbeit zu machen. Das Verhalten des Verbandsvorstandes erinnert zu sehr an jenen Hundebesitzer, der seinem Hunde den Schwanz stückweise abschneidet, um ihn nicht so wehe zu tun.

Die örtlichen Extrabeiträge, die hier nicht zum erstenmal erhoben wurden und die für weibliche Mitglieder 10, für männliche 30 Pf. betragen, wurden, obwohl ein Zwang nicht ausübte, vom größten Teil der Mitglieder geleistet. Sie ergaben in kurzer Zeit die Summe von 1181.90 Mk., gewiß ein Beweis von Opferwilligkeit und Solidarität. Aber auch seit Jahren sind nicht nur die Breslauer, sondern auch die übrigen schlesischen Mitglieder an hohe Beiträge gewöhnt. Der Gau Schlesien war der erste und jahrelang der einzige, in dem eine Gaukasse zur gegenseitigen Unterstützung ins Leben gerufen wurde und infolgedessen Lokal- und Gauzuschläge 45 Proz. des Verbandsbeitrages betragen. Und es muß auch festgestellt werden, daß die Breslauer Mitglieder im Gegensatz zu anderen, wie aus so manchem Artikel unserer Zeitung hervorging, auch in der Klasse steuerten, in die sie gehörten. Hieraus möge Kollege K. K. ersehen, daß sich seit seinem Hiersein sehr, sehr vieles zugunsten des Verbandes geändert hat und er wird wohl auch keinen Zweifel hegen, daß eine so geringe Erhöhung der Beiträge, wie beantragt, ohne erhebliche Schwierigkeiten zur Durchführung kommen kann. Daß es natürlich überall Mitglieder gibt, die sich gegen jede Erhöhung der Beiträge wehren, ist selbstverständlich.

Zur Sache selbst noch etwas zu sagen, erübrigt sich für mich. Die Entscheidung liegt ja letzten Endes beim Beirat, der es sicherlich nicht leicht haben wird, aus der Fülle der gemachten Vorschläge das herauszuschälen, was im Interesse der gesamten Mitgliedschaft verwendet werden kann. Zum Schluß unserem Landsmann K. K. einen heimtücklichen Gruß und, da meine vorhergegangenen Artikel wohl infolge Scharfsehens falsches Signum tragen und um mich unserem Kollegen vorzustellen, bringe ich meinen vollen Namen.

Paul Janke, Breslau.

Arbeiterbildung.

Wenn man von Bildung redet, dann stellt sich die Masse gewöhnlich Angehörige der „besseren“ Kreise vor, die sich vermöge ihres bzw. ihrer Eltern Geldbeutel alle die Kenntnisse erwerben konnten, die dem Leben sozial des Schönen und Erhebenden bieten. Da darf man schon einmal darauf hinweisen, daß es auch der Arbeiterschaft möglich ist, manche Lücken in ihrer Bildung auszufüllen. Die Eindrücke, die eine tiefere Kenntnis der Kunst, sei es Musik oder Gesang, Malerei oder Bildhauerei, Architektur usw. hinterlassen, sind erhebende und gewaltige. Sie vermögen den Menschen aus der Banalität des Alltags herauszuheben, seinen Geist in eine Atmosphäre reineren, freieren Denkens hinüberzuführen. Menschen, die einen Einblick in die Grundzüge der Philosophie haben, stehen manchem Problem des menschlichen Lebens gewappneter und verständnisvoller gegenüber wie etwa solche, die auf dem Gebiet der Ethik oder Moral lediglich konfessionell einseitig beunruhigt sind.

Wenn nun die Arbeiterschaft als der größte Volksteil unserer Kulturstaaten Einfluß, Geltung im Staatsleben gewinnen und vor allem sich erhalten will, dann ist unbedingtes Erfordernis, den Bildungsfaktoren größere Beachtung zu schenken. Man wird mir einwenden: „Woher soll der Arbeiter oder die Arbeiterin das Geld und auch die Zeit nehmen, um sich mit diesen Dingen zu beschäftigen?“ Darauf ist zu erwidern, daß insbesondere unsere Großstadt-Arbeiterschaft reichlich Gelegenheit hat, ihr Wissen ohne nennenswerte Kosten zu vertiefen und zu vermehren. Die Arbeiterorganisationen veranstalten Führungen, halten Unterrichtskurse auf allen möglichen Wissensgebieten ab und stellen Bibliotheken zur Verfügung. Arbeitsgemeinschaften für Volksbildung suchen den Bildungsstand der Massen zu heben. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte: „Würden die vorhandenen Bildungsmöglichkeiten reiflos von der Arbeiterschaft benutzt, dann wäre schon mancher Auswuchs des Kapitalismus beseitigt und der Weg für eine bessere Zukunft ebener.“

Noch steht ein großer Teil der Arbeiterschaft gleichgültig diesen Dingen gegenüber. Die neuzeitliche Sportbegeisterung fesselt das Interesse großer Volksteile über Gebühr und läßt ein Streben nach gehobenerem Wissen vertümmern. Ein Gefühl des Bedauerns überkommt einen, wenn man sich Montags die Gespräche in den Arbeiterzügen und in den Betrieben anhört. Sportliche Nüchternheiten werden da mit einem Eifer, einer Ausdauer und einer Erhebung der Gemüter debattiert, die einer besseren Sache würdig wären. Der „geistige Fasel“ der Kinos hält noch große Massen Arbeiter und insbesondere Arbeiterinnen in seinem Bann.

Es ist glücklicherweise ja in zunehmendem Maße eine Besserung der Verhältnisse festzustellen. Die Arbeiterschaft verfügt schon über einen ansehnlichen Prozentsatz Angehöriger, die sich durch emsige Arbeit einen Bildungsgrad erworben haben, über den

manches Mitglied der oberen Zehntausend nicht verfügt. Jedoch in der Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung bleibt noch unendlich viel zu tun, um immer größere Teile davon auf eine höhere geistige Stufe zu bringen. Es ist ja ohne weiteres verständlich, daß Arbeitslosigkeit, Krankheit, Wohnungsnot, Ueberlastung unserer Frauen und Mädchen durch Berufs- und Hausarbeit zermürbend auf den Geist der Menschen einwirken. Aber selbst in diesen Fällen bringt der Besuch eines Vortrages aus irgendeinem Wissensgebiet oder der Genuß eines durch die Gewerkschaft ermöglichten Konzertes oder Bühnenstückes oder auch nur die Lektüre eines vernünftigen Buches aus der Arbeiterbibliothek neben der geistigen Anregung auch eine körperliche Entspannung und Ablenkung.

Eine tiefere Anteilnahme der Arbeiterschaft erfordert insbesondere die wirtschaftlichen Angelegenheiten, die sie in ihrem Lebenskreis berühren, als da sind: Arbeitsrecht, Versicherungsangelegenheiten, sowie der ganze Komplex der Sozialgesetzgebung. Um eine Vertiefung seines Wissens und seiner Bildung zu gewinnen, ist es nicht notwendig, sich etwa Abend für Abend mit allem möglichen Stoff das Gehirn vollzustopfen. Es kann sich ein Arbeiter oder eine Arbeiterin durch einige Teilnahme an dem, was die Arbeiterorganisationen unter materiellen und ideellen Opfern bieten, im Verlaufe einiger Jahre eine gehobene Allgemeinbildung erwerben.

Neben der rein geistigen und verstandesmäßigen Bildung gibt es aber auch noch eine solche des Gemütes und des Herzens. Auf dieser basieren unsere beiden Begriffe Kollegialität und Solidarität. Wie wenig Arbeiter bringen es z. B. fertig, bei Diskussionen, die eine persönliche Sache betreffen, mit objektiver Sachlichkeit und Ruhe ihre Meinung zu äußern. Wie sehr haben schon persönliche Färbereien der Arbeiterschaft geschadet, nur weil es großen Teilen derselben an einer gewissen Bildung des Herzens, des verständnisvollen Eingehens auf die Eigenart ihrer nächsten Umgebung gefehlt hat. Auch in unserem Papierfach mit den zur weitaus größeren Hälfte weiblichen Berufsangehörigen ist die Einstellung der männlichen Kollegen zu den Mitarbeiterinnen nicht immer eine ideale. Statt zu versuchen, auch die eben leidet noch für unsere Bestrebungen sich gleichgültig zeigenden Kolleginnen aus ihrem Alltagsrott herauszuziehen, bewegen sich die Unterhaltungen der Kollegen mehr auf dem Gebiete der Erotik, und das oft ausgiebiger, als den Kollegen selbst zuträglich ist. Auch das ist ein erstrebenswertes Ziel, daß die Arbeiterschaft ihren eigenen Frauen und Töchtern etwas mehr Achtung und Wertschätzung entgegenbringt, als das jetzt vielfach der Fall ist.

Nicht der ist auf der Welt verwaist, dem Vater und Mutter gestorben, sondern der sich für Herz und Geist kein Wissen und keine Bildung erworben.

G n.

gleichen Verseckern. Heute haben wir ein Wiederauftreten der geschilderten Vorgänge zu konstatieren. Auch jetzt scheinen die damaligen Wiesmacher wieder in ihre frühere Schwarzmalerei verfallen zu sein.

Kollege Dürr reitet wieder sein Stedenpferd. Mehr Beitragsklassen ist keine Lösung. Gewiß ganz gut gemeint, aber in absehbarer Zeit unmöglich. Die Schaffung einer neuen Beitragsklasse für die sogenannten „Autoverdiener“ sieht lediglich so aus, als ob man mit dem Ausbau der Arbeitslosenunterstützung einverstanden ist, die Deckung der daraus entstehenden Mehrausgaben jedoch anderen Kreisen überlassen, selbst aber davon verschont bleiben will.

Diese Zitate aus nur einigen Artikeln zeigen schon, wie himmelweit die Wünsche auseinandergehen. Zieht man einen Vergleich zwischen der teilweise recht markanten Kleinlichkeit in unseren Reihen mit dem Verhalten der graphischen Hilfsarbeiter, dann müssen wir zugeben, daß wir in den Schatten gestellt sind. Der genannte Brudererband erhebt schon seit einiger Zeit Extrabeiträge von 30 bzw. 50 Pf. je Woche, ohne daß dagegen Sturm gelaufen wird und bei uns handelt es sich doch nur um 5 bzw. 10 Pf. Beitragserhöhung. Für uns gilt es, aus den verächtlichen und sich vielfach widersprechenden Anregungen das realisierbare Scheinende herauszuschälen.

Um was handelt es sich bei der zur Diskussion stehenden Frage? Handelt es sich etwa allein darum, die Ausgesteuerten länger über Wasser zu halten? Die ungeheuer lange Dauer der Arbeitslosigkeit mag ja im vorigen Jahre zunächst die Triebfeder zur Verlängerung der Bezugsdauer gewesen sein. Heute kann es sich längst nicht mehr nur um die Hilfe für die Ausgesteuerten handeln, sondern um einen weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung überhaupt! Haben denn von der Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung im November 1926 nur die Ausgesteuerten Nutzen gehabt? O nein, alle Arbeitslosen kamen in den Genuß der verlängerten Unterstützung. Aber auch alle übrigen Mitglieder, die seit November 1926 bis jetzt arbeitslos geworden sind, oder es noch werden, genießen die längere Bezugsdauer. Die Verhältnisse beweisen, daß die in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen zunächst die kleine Beitragserhöhung von 5 bzw. 10 Pf. zugunsten der Arbeitslosen auf sich genommen haben. Durch diese solidarische Handlungsweise haben sie ihr mitfühlendes Herz für die Arbeitslosen offenbart. Gleichzeitig haben sie aber damit auch für sich selbst das neue Anrecht auf längere Bezugsdauer bei eintretender Arbeitslosigkeit erworben, die sie über kurz oder lang selbst treffen kann. Es dürfte kaum eine zweite Institution geben, die die zunächst für arbeitslose Kollegen und Kolleginnen geleistete Beitragserhöhung gleichzeitig zum eigenen Vorteil jedes einzelnen Mitglieds ummünzen kann.

Die lange Dauer der Arbeitslosigkeit wird auf absehbare Zeit bleiben. Viele Jahre dürften ins Land gehen, bis unser Wirtschaftsleben sich in ähnlichen Bahnen bewegen wird — wenn das überhaupt erwartet werden kann — wie in der Vorkriegszeit und damit die frühere Bezugsdauer bei Arbeitslosigkeit wieder als ausreichend erscheinen könnte. Daraus folgt von selbst die Pflicht, diesem Umstand Rechnung zu tragen und die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung zweckentsprechend zu verlängern!

Natürlich muß hierbei auch die Deckungsfrage erwogen werden. Ist die staatliche Arbeitslosenversicherung Gesetz geworden — was noch lange auf sich warten lassen dürfte —, und man kann errechnen, in welcher Höhe die Tagesätze unserer Arbeitslosenunterstützung notwendig sind, dann ist der Moment da, die jetzigen Tagesätze herabzusetzen und dafür die Bezugsdauer nochmals zu verlängern.

Heute muß jede Korrektur der Tagesätze nach unten als verfehlt bezeichnet werden. Deprimierend aber muß eine solche Anregung wirken, wenn sie lediglich deshalb geschieht, um die bevorstehende Beitragserhöhung von 5 bzw. 10 Pf. zu umgehen. Mit dem Dresdner Kollegen sage ich, wenn auch aus gegenteiligen Gründen: Leider hat die Anregung des Verbandsvorstandes vom Juli 1926 keine Mehrheit gefunden! Wäre ihr damals entgegen worden, dann hätten wir ab 1. Oktober 1926 eine Beitragserhöhung von 10 bzw. 20 Pf. pro Woche in Kraft treten lassen können und damit wäre die Deckungs-

Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung und Beitragserhöhung!

Ueber diese Fragen hat sich in der „Buchbinder-Zeitung“ eine sehr rege Diskussion entwickelt. Das zeigt wie tief einschneidender Natur diese Fragen sind und welch reges Interesse sie ausgelöst haben. Sieht man sich die mannigfaltigen Anregungen und Wünsche näher an, dann muß man jedoch sagen: „Viele Köpfe, viele Sinne!“

Zunächst einige Hinweise auf markante Ausführungen. Aus dem Artikel von Dresden in Nr. 2 sei nur folgender Satz zitiert: „Die schon im Juli vom Verbandsvorstand gegebene Anregung, durch Extrabeiträge eine Unterstützung der Ausgesteuerten zu ermöglichen, fand leider keine Mehrheit!“

Was soll das bedeuten? Ist dem Artikelschreiber das Rundschreiben vom vorigen Jahre, das von Dresden aus an die Betriebsmitglieder verfaßt wurde, und in dem der ablehnende Standpunkt zu rechtfertigen versucht wurde, nicht bekannt? Wenn man jetzt bedauert, daß der damalige Vorschlag des Verbandsvorstandes keine Mehrheit fand, dann wäre das sehr erfreulich. Aber dann müßte man jetzt auch die notwendigen Konsequenzen

ziehen. Davon aber ist man weit entfernt. Was soll aber das Wort „leider“ besagen, wenn der übrige Inhalt des Artikels gegen die Erfüllung der zweiten Hälfte jenes Vorschlags Sturm läuft?

In Nr. 4 der „Buchbinder-Zeitung“ verweist Kollege — auf den § 39 des Statuts. Er glaubt daraus herauslesen zu sollen, daß es sich hierbei nicht um besonders wichtige, das Verbandsleben berührende Fragen handelt! Daß es sich bei der zur Lösung stehenden Frage um eine ganz eminent wichtige handelt, ist so selbstverständlich, daß man es nicht für möglich halten sollte, abweichende oder sogar gegenteilige Auffassungen zu hören. Zunächst eine Frage an den Kollegen —. Ist dir noch in Erinnerung, wer es auf dem Verbandstag in Stuttgart im Jahre 1918 war, der die zeitgemäße Regulierung der Verbandsbeiträge nach allen Regeln der Kunst hintenan zu halten suchte? Schwarz in Schwarz haben die Gegner einer durchgreifenden Beitragserhöhung die Folgen einer solchen an die Wand gemalt. Es hat wahrlich wenig gefehlt, um das Ende der Welt in Aussicht zu stellen, für den Fall, daß eine Beitragserhöhung von 10 Pf. beschlossen werden sollte. Auch später waren ähnliche Vorgänge zu verzeichnen, doch immer von den

frage gelöst gewesen und eine nochmalige Beunruhigung wäre der Kollegenschaft erspart geblieben. Da dies leider nicht geschehen ist, der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung aber nicht mehr aufzuhalten war, mußte zu dem „Notbehelf“ des Extrabeitrags von 5 bzw. 10 Pf. gegriffen werden, um den ersten Schritt zu tun. Jedem in die Verhältnisse einigermaßen eingeweihten Funktionär des Verbandes mußte es klar sein, daß dieser „Notbehelf“ nur vorübergehender Natur sein kann und mit einer endgültigen Regelung alsbald zu rechnen ist. Der jetzige Vorschlag des Verbandsvorstandes enthält in der Hauptsache die gleiche Beitragserhöhung, wie die Anregung im Juli 1926. Damit ist der Anstoß gegeben, das jetzt in die Praxis umzusetzen, was damals hätte geschehen müssen. Man darf nicht an Begleiterscheinungen weniger wichtiger Natur bei Behandlung dieser wichtigen Frage herumdoktern, sondern muß den Kern der Sache, den unaufschiebbaren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung, in den Vordergrund stellen! Darum fort mit allen Anregungen auf Schaffung von sogenannten Sonderversicherungsabteilungen innerhalb unseres Verbandes und eine Lösung vom Hauptproblem aus gesucht. Extrabeiträge, oder gar freiwillige Beiträge wären dabei das größte Übel. Lassen wir unter allen Umständen die Hände von solchen zweifelhaften Experimenten, machen wir uns mit dem Gedanken vertraut, daß nur eine nochmalige Erhöhung der Beiträge von 5 bzw. 10 Pf. in Frage kommen kann! Es soll dabei gar nicht verkannt werden, daß jede, auch die kleinste Beitragserhöhung, eine Belastung für jedes Mitglied darstellt. Hauptächlich für die Kurzarbeiter bedeutet es ein Opfer. Nehmen wir dieses kleine Opfer nochmals auf uns mit dem Bewußtsein, daß damit die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung auf die richtige Höhe gebracht werden kann zum Wohle aller Mitglieder!

Was nun die Pflichtbeiträge anbetrifft, so können diese sehr wohl während des Unterstützungsbezugs geleistet werden. Nachdem die Aussteuerung erfolgt ist, dürfte es kaum möglich sein, diese hereinzubekommen. Der Umstand, daß die früheren Verbandstage den Pflichtbeitrag stets abgelehnt haben, kann kein Grund sein, auch jetzt jeden Pflichtbeitrag abzulehnen.

Die Beiträge der Lehrlinge sollten von einer Erhöhung verschont bleiben. Lassen wir diese in der bisherigen Höhe ruhig weiter bestehen bis zum nächsten Verbandstag.

Das Inkrafttreten der Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung mit den erhöhten Beiträgen zum 1. April dürfte etwas verfrüht sein. Nicht in dem Sinne, daß ich die Sache um ein Vierteljahr hinausgeschoben sehen möchte, sondern aus ganz triftigen Gründen. Im April stehen die Erneuerungen aller Lohnabkommen bevor. Hierbei muß eine durchgreifende Lohnrechnung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen versucht werden im Hinblick auf die in Aussicht stehende Mietpreiserhöhung, (Erhöhungen des Brotpreises und anderer unentbehrlicher Lebensmittel sind schon erfolgt.) Diese Umstände sind gewiß so wichtiger Natur, daß man nicht achtlos daran vorbeigehen darf. Aus diesem Grunde neige ich der Auffassung zu, die zur Debatte stehenden Änderungen mit dem 1. Juli 1927 in Kraft treten zu lassen! Ich verkenne durchaus nicht, daß dieses Hinausschieben auch seine Schattenseiten hat.

Als brauchbarer Vorschlag für die Beiratsföhung kann folgender gelten:

1. Die Verbandsbeiträge betragen in Klasse I 30 Pf., in Klasse II 60 Pf., in Klasse III 75 Pf., in Klasse IV 120 Pf., in Klasse V 150 Pf. Die bisherigen Extrabeiträge kommen an Wegfall.
2. Während des Unterstützungsbezugs sind Pflichtbeiträge zu leisten.
3. Die Lehrlingsbeiträge bleiben in bisheriger Höhe bestehen.
4. Die eintretenden Änderungen treten mit dem 1. Juli 1927 in Kraft.

Auf Grund dieses Vorschlages dürfte die Beiratsföhung die richtige Regelung beschließen können, ohne daß der Vorschlag als gebundene Marschroute betrachtet werden soll.

Zur Beitrags- und Arbeitslosenfrage.

Endlich mal ein bißchen Leben in die Bude. Unsere Kollegen greifen sonst nicht gern zur Feder. Es sollten sich aber gerade von denen, die bei dem Gedränge um die Ehrenposten, das in jedem Januar stattfindet, zu kurz gekommen sind, viel mehr unserer Zeitung zur Verfügung stellen. Die Beitragsfrage hat nun eine lebhafteste Diskussion hervorgerufen und dies kennzeichnet die Wichtigkeit der Frage. Gewiß sind die Beiträge schwer zu entbehren, da wir schon durch allerlei Abzüge bis auf die Haut abgepellt werden. Kommen doch mindestens 10 Mk. heraus, wenn man mal alle Abgaben zusammenzählt. Die übrigen 30 Mk., die vom Lohn übrig bleiben, sind kaum 18 Mk. Friedenslohn. Und trotzdem wir so viel für Versicherungen steuern, erfüllt doch keine richtig ihren Zweck. Hier gilt es noch tüchtig zu kämpfen.

Da nun die Arbeitslosenunterstützung von Staats wegen nicht ausreicht, wollen wir uns gegenseitig helfen, so gut es geht. Und darum muß der Beitrag so hoch sein, daß uns das auch möglich ist, ohne daß die anderen Ausgaben des Verbandes darunter leiden. Und erst recht soll unser Vermögen weiter wachsen, denn vor nichts hat der Kapitalist Respekt, wie nur vor einem großen Geldbeutel. Wie unser Vermögen am besten wirtschaftet, das auszuknobeln ist eine Sache für sich und des Schweißes der Edlen wert. Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital wird sich in seinen Maßnahmen stetig ändern —

Die Beiträge halte ich für hoch genug. Wenn wir die Extrabeiträge zum alten Beitrag schlagen, dann werden wir am wenigsten Unzufriedenheit erregen. Mit der Streckung der Unterstützung, wie schon vorgeschlagen, bin ich einverstanden, also sechs statt sieben Tage pro Woche. Die Krankenunterstützung könnten wir ausgeben, wie schon von anderen Kollegen begründet wurde. Diese beiden Maßnahmen lassen schon eine gute Verlängerung des Arbeitslosenunterstützungsbezuges zu. Wer von seiner Krankenkasse ausgesteuert ist, könnte ja als Arbeitsloser gelten. Zur Frage der Ausgesteuerten empfehle ich, erst dann, wenn die staatliche Unterstützung abgelaufen sein sollte, vom Verband eine Ausgesteuertenunterstützung eintreten zu lassen.

Den Pflichtbeitrag bitte ich abzulehnen, eine Diskussion wegen diesem Punkt sollten wir vermeiden. Die Freimarken sind aus technischen Gründen zu verwerfen. Die mit frank und arbeitslos gestempelten Wochen sind leicht zu erkennen. Die mit Freimarken besetzten Felder können zu Irrtümern führen. Der Kassierer ist dann der Dumme. Das Geld für die Freimarken können wir sparen.

T. h. - Halberstadt.

Zur Beitrags- und Unterstützungsfrage.

Die Anregung des B. B. in Nr. 3 der „Buchbinder-Zeitung“, bei entsprechender Beitragserhöhung die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, hat erfreulicherweise dazu geführt, daß recht viele Verbandsmitglieder für und gegen die Vorlage Stellung genommen haben. Es ist verständlich, wenn alle Artikelschreiber, mehr oder weniger örtlich beeinflusst, ihre Stellung zum Ausdruck bringen. In einem Orte, in dem der schreibende Kollege nur die Not der Arbeitslosen sieht, drängt ihn sein solidarisches Empfinden dazu, diesen bezustehen, ihnen Hilfe zu bringen. Ein anderer Kollege, der in seiner Zahlstelle oder in seinem Gau die Erfahrung gemacht hat, daß es recht viele Kurzarbeiter gibt, die sich, man möchte bald sagen in größerer Notlage befinden als Teile der Arbeitslosen, nimmt naturgemäß eine andere Haltung ein. So auch ich.

Uns alle befehl solidarisches Empfinden! Ich kann recht gut verstehen, wenn Kollegen und Kolleginnen für eine Beitragserhöhung eintreten. Und das gereicht diesen sehr zur Ehre, da sie es aus dem Willen heraus tun, als Bollarbeiter den Arbeitslosen nach besten Kräften Hilfe zu bringen. Aber bedenkt auch den nicht kleinen Teil der Kurzarbeiter, die 36 und weniger Stunden pro Woche arbeiten. Diese sollen und müssen ihren Verpflichtungen auch nachkommen können. Versetzt euch in deren Lage und seid überzeugt: den Kurzarbeitern wird es vielfach nicht leicht, in der Beitragszahlung mitzukommen. Eine Kurzarbeiterunterstützung könnte über die schwierige Situation hinweghelfen. Aber daran kann nach Lage der Dinge nicht gedacht werden. Also, es

ist gewiß eine schöne Sache, Solidarität zu üben und zu betätigen, aber wahres Solidaritätsgefühl kann und darf nicht einseitig geübt werden, sondern muß in gleicher Weise den Arbeitslosen wie auch den Kurzarbeitern gegenüber bezeugt werden.

Ein weiterer Grund erschwert eine Beitragserhöhung. Und dieser liegt in der Tatsache begründet, daß die Beiträge anderer Berufe weit niedriger sind wie in unserem Verbands. Alle die Mitglieder, die sich agitatorisch betätigen, werden die Erfahrung gemacht haben, daß von den Kolleginnen vielfach gesagt wird: „Unsere Beiträge sind zu hoch! Unsere Männer, unsere Brüder usw. zahlen ja weniger Beitrag als ich.“ Da hilft alles Reden nichts, denn der Beweis wird erbracht. Zugegeben, daß in anderen Berufen nicht die richtige Beitragsklasse gezahlt wird — vielfach sind aber auch die Beiträge niedriger — dann wird durch eine weitere Beitragserhöhung bei uns doch nur erreicht, daß auch in unserem Verbands derselbe unwürdige Zustand eintritt. Unsere Kolleginnen in C. steuern größtenteils in die Beitragsklasse III. Würden wir z. B. auch nur einige von den Bollarbeiterinnen in Beitragsklasse II aufnehmen, das spräche sich wie ein Lauffeuer herum und mindestens zwei Drittel der Kolleginnen würden in die Klasse II übertreten. Und ähnlich dürfte das auch in anderen Orten geschehen. Die Mitglieder selber hätten natürlich den allergrößten Schaden davon. Hätte aber der Verband einen Nutzen und würde damit der gewollte Zweck erreicht? Sicher nicht!

Aus Vorstehendem kann wohl entnommen werden, daß meine Meinung die ist: der Zeitpunkt, eine weitere Beitragserhöhung vorzunehmen, ist recht unglücklich gewählt. Diese hätte jetzt schon deshalb unterbleiben sollen, da nur erst vor wenigen Wochen eine solche eingetreten ist — und wie wir gehört haben — die unfreundliche Aufnahme noch nicht allerorts behoben ist.

Nach den bisherigen Meinungen der Kollegenschaft wird der Verbandsbeitrag ein recht großes Maß voll Mut aufbringen müssen, wenn er entgegen der Meinung der Kollegenschaft dennoch die Vorlage des Verbandsvorstandes annehmen wollte. Ich glaube aber, der Beirat versteht die Zeichen der Zeit so zu würdigen, wie es den Interessen des Verbandes entspricht.

Ueber den Pflichtbeitrag ist kaum ein Wort zu verlieren. Bis her hat noch kein Verbandstag diese Frage zu lösen gewagt, daher wird der Beirat hier von sicher Abstand nehmen. E. Pf., Chemnitz.

Verbandsbeitrag und Ausgesteuertenunterstützung.

Es ist über dieses Thema zwar schon viel geschrieben worden, aber am dem Beirat ein möglichst klares Bild über die Stimmung in den einzelnen Zahlstellen zu geben, kann diese Frage nicht erschöpfend genug behandelt werden. Aus einzelnen Ueberschriften der bisher erschienenen Artikel ist zu ersehen, daß die Befürworter der Vorlage diese zu begründen suchen mit der Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung. Sie wollen vor allem den Ausgesteuerten eine wesentliche Hilfe bringen. Das trifft aber in Wirklichkeit gar nicht zu. Die beabsichtigte Erweiterung kommt für die Ausgesteuerten nur insoweit in Betracht, daß sie eine Nachzahlung von zwei bis vier Wochen Unterstützung erhalten werden, im übrigen aber nach wie vor ausgesteuert bleiben. Wenn der Kollege W. H. feststellt, daß ein Viertel der Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos ist, dann würden diese also nur die Nachzahlung erhalten können, ohne daß es für sie in ihrer Eigenschaft als Ausgesteuerte eine tatsächliche Hilfe bedeutet.

Wenn den Ausgesteuerten wirklich geholfen werden soll, dann müßte die Arbeitslosenunterstützung von unbegrenzter Dauer sein, was praktisch natürlich nicht durchführbar ist. Hier kann nur auf dem Wege der Beschäftigung durchgreifender Wandel geschaffen werden, indem Partei und Gewerkschaften mehr denn je ihren ganzen Einfluß nach dieser Richtung hin geltend machen müssen. So gern wir als Organisation den langfristige Arbeitslosen helfen möchten, dann liegt es doch außerhalb der Kraft der Gewerkschaften, die Folgen von außergewöhnlichen Wirtschaftskrisen zu meistern.

Es ist aussichtslos, derartigen wirtschaftlichen Katastrophen durch Erhöhung der Beiträge bel-

kommen zu wollen. Wir würden, wenn die Schraube allzu straff angezogen wird, das wirtschaftliche Chaos innerhalb der Arbeiterschaft nur vergrößern, ohne den Bedürftigen durchgreifende Hilfe bringen zu können. Wenn wir nicht vollständig aus dem Rahmen unserer Aufgaben als Gewerkschaft fallen wollen, dann dürfen wir uns auch für die Zukunft in bezug auf Unterstützungseinrichtungen nur auf normale Verhältnisse einstellen. Was hat es für einen Sinn, wenn wir uns, um einen bestimmten Zweck zu erreichen, mit Empörung auf den Idealismus in der Arbeiterschaft berufen, der doch in Wirklichkeit gar nicht oder nur vereinzelt vorhanden ist. Wer heute mit offenen Augen und Ohren durch die Betriebe geht, wird in den meisten Fällen einen geradezu erschreckenden Indifferentismus antreffen. Man braucht auch nur die Berichte der Betriebskassierer zu hören, um zu erfahren, mit welchen Schwierigkeiten die meisten von ihnen beim Kassieren zu kämpfen haben und wie schwer es ist, die Mitglieder in den für sie zuständigen Klassen zu halten. Auf die alten Mitglieder, die den Aufbau der Organisation selbst miterlebt haben, kann man sich ja noch verlassen, aber das Gros sind Nachkriegskinder, die mehr als nur oberflächlich an dem Verband hängen und jede passende oder auch unpassende Gelegenheit benutzen, um ihre Mitgliedschaft fallen zu lassen. Wir haben Mitglieder, die mehr als ein halbes Dutzendmal eingetreten sind und — böse Beispiele werden bekanntlich gute Sitten. Ich will gewiß nicht schwarz malen oder vor irgend etwas graulich machen, aber ich liebe auch nicht die Vogelstraußpolitik. Wenn wir eine schwebende Frage wirklich objektiv lösen wollen, dann muß auch rücksichtslos alles in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden, selbst wenn dadurch ein uns liebgewordener Plan gefährdet wird. Wenn man in bezug auf die Beitragserhöhung etwas tun will, so möchte ich dem Beirat empfehlen, den Vorschlag des Kollegen Dürr, für die Besserverdiener eine 6. Klasse anzufügen, wohlwollend zu prüfen.

Nun noch einige Worte zum Pflichtbeitrag. Gewiß sind diesbezügliche Anträge schon auf früheren Verbandstagen gestellt worden, die aber stets abgelehnt wurden. Man möchte sagen, in unbewusster Voraussetz der wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen wir uns jetzt befinden. Es ist schließlich nicht von der Hand zu weisen, daß die Freimarken nicht immer in einwandfreier Weise verwendet werden. Aber das kann in gleicher Weise auch bei den Pflichtbeiträgen geschehen und es ist ein schlechter Trost zu sagen: „Na, wir haben wenigstens den Groschen gerettet!“ Ich fürchte, daß die Einführung des Pflichtbeitrages an der Möglichkeit ihrer praktischen Durchführung scheitert. Ich verweise nochmals auf das Viertel der Arbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind. Wollen wir diesen Kollegen wirklich zumuten, wöchentlich einen Pflichtbeitrag von 10 Pf. zu zahlen, wo bei ihnen doch nicht nur der Groschen, sondern der Pfennig eine große Rolle spielt? Und was soll mit denen werden, die nicht aus Bosheit, sondern aus reinem Unvermögen den Beitrag einfach nicht zahlen können? Sollen diese dann ihrer vielleicht langjährigen Mitgliedschaft verlustig gehen? Und was werden die weiblichen Mitglieder tun? Sie werden den Pflichtbeitrag zahlen müssen, solange sie Unterstützung beziehen und für die weitere Dauer ihrer Erwerbslosigkeit einfach „ruhende Mitgliedschaft“ beantragen. Dann haben sie zwei Jahre Zeit, während der sie nichts von sich hören zu lassen brauchen. Wäre es nicht empfehlenswert, die Frage wenigstens solange zurückzustellen, bis wieder einigermaßen normale wirtschaftliche Verhältnisse eingetreten sind? So brennend ist die Angelegenheit schließlich nicht, daß sie nicht bis zum nächsten Verbandstag Zeit hätte.

Das Ueberziehen von Plakaten mit Cellophan.

Um bedruckte Plakate feinerer Ausstattung in Buch-, Stein- und Offsetdruck vor schädlichen Einflüssen zu schützen, werden diese häufig mit Cellophan (siehe auch „Buchbinder-Zeitung“ 1926, Seite 128) überzogen. Dadurch wird neben einem eleganten glänzenden Aussehen ein vollkommen luftdichter Abschluß erreicht. Dieses Verfahren ist hinsichtlich des Effektes und der Haltbarkeit einer Lackierung vorzuziehen. Um eine einwandfreie Cellophanierung zu erzielen, darf das Cellophan nicht zu dünn sein, es soll mindestens eine Stärke von 0,04 aufweisen. (Ge-

wicht 60 Gramm pro Quadratmeter.) Der hierzu erforderliche Klebstoff hat folgende Zusammensetzung: 15 Proz. Gelatine, 15 Proz. Glycerin und 70 Proz. Wasser. Die Größe der Cellophanblätter wird so bemessen, daß an jeder Seite etwa 1 Zentimeter als Einschlag auf der Rückseite verbleibt, wodurch der luftdichte Abschluß und das Bedecken der rohen Plakatkanten erreicht wird. Vor Beginn des Ueberziehens werden die Cellophanblätter zunächst an einer Seite zur Bildung des Kleberandes für die Rückseite in der erwähnten Breite umgebogen. Mit diesem Kleberand werden nun die Cellophanblätter so an die Plakate angeklebt, daß sich die Klebestelle auf der Plakatrückseite befindet. Darauf wird die Plakatafläche möglichst gleichmäßig mit Klebstoff bestrichen und unmittelbar darauf zum Anreiben durch eine Anreibemaschine, die mit zwei Gummiwalzen ausgestattet ist, laufen gelassen. Hierbei ist zu beachten, daß diejenige Seite des Plakates mit dem bereits umgeschlagenen Kleberand die Maschine zuerst passiert. Im übrigen soll das Durchlaufen möglichst schnell erfolgen, wobei das Cellophanblatt solange hochgehalten werden muß, bis es von den Walzen erfasst wird. Der Druck der Walzen darf nicht zu stark eingestellt werden, denn es ist bei dem Anpressen des Cellophanblattes nur notwendig, daß es sich auf die Oberdecke des Plakates anschmiegt, und daß der etwa überflüssige Klebstoff herausgetrieben wird. Bei der Anwendung eines zu starken Walzendruckes wird zu viel Klebstoff herausgebrängt, wodurch dann der erwünschte Hochglanz vermindert wird. Deshalb hat auch ein zu geringer Klebstoffauftrag zur Folge, daß sich ein ungenügender Hochglanz einstellt. Nach dem Anpressen des Cellophanes werden die noch überstehenden drei Kleberänder umgeklebt. Zu diesem Zweck werden die Einschlagränder mit demselben Klebstoff bestrichen und scharf an den Kanten der Rückseite des Plakates umgelegt. Das akkurate Herumziehen und Ankleben des Einschlages wird mit Hilfe eines kräftigen Papiers bewirkt, andernfalls keine schnurgeraden Einschlagkanten zu erreichen sind. Der Einschlag erfolgt zunächst an derjenigen Seite, die der bereits eingeschlagenen Seite gegenüberliegt. Nach dem Anreiben des Einschlages werden die Ecken des Cellophanüberzuges an den beiden noch offenen Einschlagseiten eingeknippt und der Einschlag wird wie zuvor beschrieben umgelegt. Die so überzogenen Plakate werden dann in staubfreien Räumen zum Trocknen ausgelegt. Nach dem Trockenvorgang werden die Plakate wie sonst üblich rüdfseitig mit Papier beklebt. Das gute Gelingen des Ueberziehens hängt von guter Übung ab. Bei den ersten Versuchen wird sich mancher Leibelstand einstellen, so daß der Ausfall ein unbefriedigender sein wird. Sobald man aber — denn auf den ersten Hieb fällt kein Baum — auf die erforderlichen Kniffe gekommen ist, wird der Ueberzug ein einwandfreier sein. Es ist ratsam, diesbezügliche Versuche zunächst mit Abfällen vorzunehmen.

Die Herstellung steifer Broschüren.

Die steife Broschüre stellt die leichteste und billigste Bindeart mit steifen Deckeln dar, die sowohl bei Druckbüchern als auch bei solchen für Schreibzwecke Anwendung findet (z. B. bei Schulschreibheften, Durchschreibebüchern usw.). Obgleich es sich hierbei um eine der einfachsten Buchbinderarbeiten handelt, lohnt es sich doch, wegen der Vielseitigkeit der Ausführung und der sich bei der Abwicklung des Werbeganges manchmal ergebenden Uebelstände, einmal näher auf diese Arbeit einzugehen. Wenn es sich nur darum handelt, den Buchblock lediglich zu versteifen und auf besondere Billigkeit Wert gelegt wird, dann wird die mit steifen Deckeln versehene Broschüre, wie z. B. bei Schulschreibheften, nach dem Aufpappen der Deckel mit Papier überzogen und nachdem beschnitten. Im übrigen wird die steife Broschüre allgemein mit einem Stoffrücken versehen, und zwar bei billigen Ausführungen mit Schirting, Kattun usw. und bei besserer Ausstattung mit Kaliko. Im letzteren Falle kann die Bindeart nach verschiedenen Methoden ausgeführt werden. Bei der einfachsten Bindeart werden die Deckel nach dem Leimen aufgepappelt, der Rücken angemacht, dann wird überzogen und beschnitten. Diese Bindeart findet jedoch seltener Anwendung, da ihr der Mangel anhaftet, daß sich das Ueberziehpapier, besonders an den Vorderkanten, leicht abgreift oder abstößt. Viel häufiger wird wie nachstehend verfahren: Die Broschüren werden nach

dem Anmachen der Stoffrücken vorn beschnitten und das Ueberziehpapier wird an den Vorderkanten schmal eingeschlagen. Nachdem folgt der Beschnitt unten und oben. Als Vorsatz wird in der Regel ein einfaches Blatt am ersten und Schlußbogen umgehängt. Bei besseren Broschüren wird doppeltes Vorsatzpapier verwendet. Bei Schulschreibheften wird der Billigkeit halber zumeist das erste und letzte Blatt der Miniatur zum Aufspinnen der Deckel benutz.

Bei einer weiteren etwas verfeinerten Bindeart mit kleinen Kanten am Vorderschnitt ist der Werdegang folgender: Die Buchblöcke werden nach dem Leimen vorn beschnitten. Die Deckel werden so zugeschnitten, daß nach dem Ansetzen an dem Vorderchnitt reichlich 1 Millimeter breite Kanten in Erscheinung treten, oder sie werden etwas breiter geschnitten, daß sie formiert werden können. Bei breiter belassenen Deckelkanten als einen reichlichen Millimeter ist damit zu rechnen, daß die Ecken an den Deckeln beim Bescheiden in Stößen, besonders bei Verwendung minderwertiger Pappen, einreißen. Die Buchblöcke werden nun angelegt, zu welchem Zweck beim Vorsatzmachen Ansetzläge vorgesehen werden. Nach dem Anmachen der Rücken werden die Deckel überzogen und vorn eingeschlagen. Hierauf folgt das Anpappen und das Bescheiden unten und oben. Manche Fachleute gestalten diese Bindeart insofern etwas solider, indem sie die Broschüre nach dem Anmachen der Rücken unten und oben bescheiden, die Deckel überziehen, an drei Seiten einschlagen und nachdem anpappen.

Bei umfangreicheren steifen Broschüren können die Rücken, wie bei jedem anderen Einband, gerundet werden. Im großen ganzen besteht bei steifen Broschüren die Norm, daß diese mit „festem“ Rücken gearbeitet werden, nur selten begegnet man drahtgehefteten Broschüren von stärkerem Umfange, die mit einer leichten Rückeneinlage versehen sind. Letztere Bindeart dürfte überflüssig sein, denn wenn der Besteller tatsächlich Wert auf gediegene Arbeit legt, dann wird er sich auch zu einer normalen Einbandart entschließen können.

Das Anmachen der Rücken erledigt je nach Stoffart mit Kleister, Kalt- oder Tierleim, wobei der Klebstoffauftrag maschinell bewirkt werden kann (siehe „Buchbinder-Zeitung“ 1926, Nr. 26, „Maschineller Klebstoffauftrag“). Der Spezialarbeiter nimmt beim Anmachen der Rücken diese nicht mit der Broschüre auf, sondern er legt sie zunächst an der Vorderseite einer Partie Broschüren an, die gefaltet vor ihm liegen. Nachdem eine Partie mit Rücken belegt ist, wird der Stapel gewendet und die Rücken werden vollends herumgezogen, angerieben und der Falz eingerieben.

Das Anschmieren der Ueberziehpapierseite (Nugen) geschieht in größeren Betrieben ebenfalls durch Anleimmaschinen. Ein nicht selten auftretender Uebelstand, der bei fertigen, und zwar bei großformatigen Broschüren am stärksten zum Ausdruck kommt, ist das ungleichmäßige Berziehen der Deckel. Auf alle Ursachen, die das Berziehen oder Berzen hervorgerufen und begünstigen, kann hier nicht eingegangen werden. Es soll darum nur auf die Folgen, die bei der Verarbeitung feuchter Pappen entstehen, hingewiesen werden. Wenn Pappen verarbeitet werden, denen Feuchtigkeit innewohnt, ist es nicht verwunderlich, zumal wenn die Deckel mit Kleister überzogen und die Broschüren mit Kleister angepappelt werden, daß sich die Deckel nach allen Richtungen hin verziehen. Aus diesem Grunde sollte man stets auf gutes Austrocknen der Pappen Wert legen. Gelegentlich finden bei untergeordneten Erzeugnissen auch Strohpappen Verwendung, die wegen der ihnen innewohnenden von der Fabrikation herrührenden Mängel besondere Aufmerksamkeit bei der Verarbeitung erfordern, da sich nicht nur im Vorsatz und den benachbarten Buchblättern Entfärbungen einstellen können, sondern je nach der Papierart auch im Ueberzuggapier (siehe „Buchbinder-Zeitung“ 1926, Nr. 42, „Entfärbungen bei Klebearbeiten“).

Ob das Aufspinnen der Deckel mit Kleister, Kaltleim oder Tierleim zu geschehen hat, das muß von Fall zu Fall die Sachlage ergeben. Bei Druckbüchern kann Kleister, bei möglichem Auftrag, keinen Schaden anrichten, dagegen wird bei Broschüren für Schreibzwecke schnelldrockender Kaltleim oder Tierleim zu bevorzugen sein, denn ganz abgesehen davon, daß bei Verwendung von Kleister das Papier der Buchblöcke leicht zum Welligwerden neigt, steht bei Schreib-

papier infolge der Feuchtigkeit des Kleisters die Satinlage auf, wodurch die Blätter verloren geht und die Schreibfähigkeit herabgemindert wird. Im übrigen sollte man stark nässende Klebstoffe bei Deckeln aus Strohplatte deshalb nicht verwenden, weil Entfärbungen durch Feuchtigkeit um so stärker zum Ausdruck kommen. Deshalb empfiehlt es sich, wenn Massenarbeiten in Frage kommen, vorerst diesbezügliche Versuche zu machen. Der Klebstoffauftrag erfolgt bei Massenarbeiten in größeren Betrieben, soweit Kleister oder Kaltkleim zur Verwendung kommt, rationell auf einer Zweifelhautschmiermaschine (siehe „Buchbinder-Zeitung“ 1926, Nr. 26). Beim Ueberziehen mit Einschlag ist es bei Massenarbeiten angebracht, um das Zusammenkleben der überzogenen Deckel mit dem benachbarten Buch- oder Vorsatzblatt zu verhindern, die überzogenen Broschüren eine geraume Zeit zum Trocknen auszustellen und nachdem, wenn nicht die Art des Ueberzugpapiers dagegen spricht (z. B. Chagrinpapier), zwischen trockene Holzplatten zu legen. Hierbei ist der richtige Augenblick abzupassen, denn die Deckel sollen an der Luft nicht zu stark austrocknen, da sie sich dann mehr oder weniger werfen, ein Uebelstand, der nachträglich schwer zu beseitigen ist. Sobald Zweifel über die Trockenheit des Einschlages obwalten, ist es rätlich, falls die überzogenen Broschüren aufeinandergelegt werden sollen, Papierstreifen während des Trocknens so einzulegen, daß sie den Einschlag bedecken. Bei Einarbeiten werden die Papierstreifen erst nach dem Beschneiden entfernt.

Da die Stoffränder mehr oder weniger auftragen, ist es zweckmäßig, den Broschüren vor dem Beschneiden in Stößen einen starken Druck in der Rückenrückenpresse zu geben. Daß beim Beschneiden ein scharfes Messer nötig ist, braucht kaum gesagt zu werden, denn bei stumpfem Messer ist zu befürchten, daß die Kanten der Deckel und, wenn die Broschüren im Schnellbestapel teilweise verschänkt liegen, unter Umständen auch die Rücken einreißen.

Bei Schulschreibheften und sonstigen Broschüren für Schreibzwecke wird der Vorderdeckel mit einem Etikett ausgestattet. Hierbei werden nicht selten Fehler begangen, die sich durch Fleckigwerden der Etiketten oder durch Abpringen derselben äußern. Manchmal werden die Etiketten auch bei Verwendung leicht abfärbender Ueberzugpapiere durch Aufeinanderlegen der Broschüren beim Verpacken beschmutzt. Beim Aufkleben der Etiketten darf der Klebstoff weder durchschlagen noch durchscheinen, und das Etikett muß fest auf dem Ueberzugpapier haften. Nichts liegt natürlicher näher, als daß man hierzu Abfälle verwendet. Wenn hierbei eine sachgemäße Auslese vorgenommen wird, dann werden Mißerfolge von vornherein vermieden. Für derartige Zwecke dürfen vor allen Dingen nur tintenfeste, nicht transparente Abfälle Verwendung finden. Statt gefälschte zähe Papierarten, wie z. B. gute Bücherpapiere oder auch holzartige Sorten sind ungeeignet, da sie sich unmittelbar nach dem Klebstoffauftrag stark aufrollen, so daß es selbst dem geübtesten Arbeiter nicht möglich ist, eine saubere Etikettierung zu verrichten. Bei hochhaltigen oder schwach gefärbten Papierarten stellt sich der Mangel ein, daß sie sich nicht mit Tinte beschreiben lassen und der Klebstoff beim Aufkleben leicht durchschlägt. Das Durchscheinen des Klebstoffes tritt dann ein, wenn das Papier zu transparent ist und dunkler Kaltkleim zur Verwendung kommt. Zum Etikettieren benutzt man deshalb möglichst neutrale Klebemittel, bei denen weder Durchscheinen noch Fleckigwerden eintreten kann. Bei Handarbeit wird häufig Kleister benutzt, wenn nach Lage der Sache nicht Tierlein bevorzugt wird. Manchmal gelangen auch Ueberzugpapiere zur Verwendung, auf denen die Etiketten, wenn sie mit Klebstoffen allgemeiner Art aufgelegt werden, nicht haften. In diesem Falle finden dann je nach der Art des Ueberzugpapiers Spezialklebstoffe Verwendung, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

Soweit beim Etikettieren nicht Handarbeit in Frage kommt, benutzt man nach Anschließern eine Anlein- bzw. Etikettengummiermaschine. In Großbetrieben werden die Broschüren auf einer Etikettiermaschine selbstständig etikettiert. Der Klebstoffauftrag und das Aufkleben der Etiketten erfolgt in einem Gange. Um die Etiketten bei abfärbenden Ueberzugpapieren zu schützen, werden beim Verpacken Schutzpapiere eingelegt, soweit das Verhindernde der Broschüren nicht denselben Zweck erfüllt. F. R.

Berichte.

Barmen-Elberfeld. Am 15. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht für das verstlossene Jahr gab der Vorsitzende Kollege Grünen, der hervorhob, daß das Jahr 1926 ein schweres und schwarzes Jahr war. Große und langandauernde Arbeitslosigkeit war das Merkmal des Jahres. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß die Ortsverwaltung außerordentlich viel Mühe und Arbeit aufzuwenden hatte, um den Bedürfnissen der Organisation Rechnung zu tragen. Den Kassenbericht gab Kollege Wehler, der auf die gedruckt vorliegende Abrechnung verwies. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Auf Vorschlag wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Den Bericht von den Tarifverhandlungen gab Kollege Groenhoff, der einleitend hervorhob, daß er sich sehr frühzeitig in Anbetracht der reichhaltigen Tagesordnung, des ausführlichen Berichtes in der „Buchbinder-Zeitung“ und des bedauerlichen Umstandes, daß die Kartonnagenbranche und die Arbeiterinnen der Papierverarbeitung, die am meisten an den Tarifverhandlungen interessiert sein sollten, so wenig vertreten sind. Er gab zunächst einen kurzen Bericht über die reichhaltige Tagesordnung, die der Tarifausschuß in seiner Vorberatung am 21. und 22. Januar in Erfurt zu erledigen hatte, streifte dann einige besonders wichtige und interessante Momente aus den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und deren Ergebnis. Er würdigte sodann die örtliche Bedeutung der Kartonnagenbranche und wünschte, daß sich die Kartonnagenarbeiterschaft endlich aus ihrer Erstarrung wieder aufraffen möge, damit der am meisten gefährdete Reichstaxi sich nicht zu einer Gefahr für die übrigen Tarife auswachse, sondern unsere so umfänglichen Verbesserungsanträge endlich durchgeführt werden könnten.

Sodann erstattete Groenhoff Bericht über die am 28. Januar in Berlin stattgefundene Verhandlung über das Elberfelder Abkommen zum „Apt“-Tarif. Er wies darauf hin, daß durch das Abkommen vom 22. Oktober 1926 ein bedeutsamer Fortschritt zur vollständigen Durchführung des Reichstaxi erzielt wurde, indem dadurch auch die männlichen Arbeiter der Briefumschlagindustrie wieder dem Reichstaxi unterstellt wurden. Auch die Arbeiterinnen hätten am 1. Dezember wahrlich eine Lohnhöhung erhalten, wenn sie reglamter gewesen wären, dem Rufe der Organisation besser Folge geleistet und dadurch der Empfehlung an die Unternehmer, die Hälfte der Differenz zwischen Reichstaxi und örtlichem Lohn zu zahlen, mehr Nachdruck verliehen hätten. Die Organisation hat ihr Bestes getan, aber die Arbeiterinnen haben versagt. Daraus haben wohl die Unternehmer geschlossen, daß es ratsam sei, das Abkommen zu kündigen und neue Verhandlungen zu beantragen. Diese brachten ja wieder einen Fortschritt, indem die Löhne der Arbeiterinnen in den beiden Stufen der ungelerten um 3 Pf. und in den Stufen für gelernte um 4 Pf. erhöht wurden, aber das Ziel ist noch immer nicht erreicht und der Reichstaxi nicht voll durchgeführt. Es wird sehr von einzelnen Arbeiterinnen Klage geführt, daß die vorgelegene Lohnhöhung nicht durchgeführt wurde. Das erscheint uns ziemlich unwahrscheinlich. In den langen Jahren tariflicher Zusammenarbeit haben wir noch stets die Wahrnehmung machen können, daß die tariflichen Abmachungen von den Unternehmern respektiert und durchgeführt wurden, wenn vorher auch ein harter Kampf deswegen geführt werden mußte. Unsere Kolleginnen müssen daher mit Beweisen antreten, dann wird die Organisation schon eingreifen und ihre Schuldigkeit tun. Mögen die Arbeiterinnen auch ihre Schuldigkeit gegenüber dem Verband tun.

Kollege Grünen erstattete sodann Bericht über die am 30. Januar in Essen stattgefundene gewaltige Kundgebung der freien Gewerkschaften und Angestelltenverbände, in der Stellung gegen das Ueberstundenwesen und für den Achtstundentag genommen wurde. Grünen schilderte den Verlauf dieser Veranstaltung und gab Auszüge aus den dort gehaltenen Reden, von denen er wünschte, daß alle Arbeiter diese hätten hören können, um die rechten Lehren daraus zu ziehen. Anschließend gab es eine Diskussion, in der verschiedene Beispiele von ungesunder Ueberstundenschieberei mitgeteilt wurden. Auch wurde gerügt, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit noch immer Kollegen von auswärts gesucht und eingestellt würden. Der Vorstand wird diese Fälle untersuchen und an maßgebender Stelle Einspruch erheben.

Zum Schluß wurde als wichtigster Punkt die vorgelegene Beitragserhöhung zum Zwecke der Erweiterung der Arbeitslosen-Unterstützung und der Pflichtbeitrag besprochen. Kollege Wehler referierte über diese Fragen und gab an Hand der Arbeitslosenstatistik ein erschütterndes Bild von der langen Arbeitslosigkeit, unter der eine große Zahl männlicher und weiblicher Arbeiter leiden. Da sei es gewiß recht und billig, wenn die in Arbeit stehenden

Mitglieder aufgefordert würden, für weitere Unterstützungen besorgt zu sein. In der folgenden Aussprache waren alle Redner damit einverstanden, daß den Arbeitslosen geholfen würde. Gegen eine Beitragserhöhung sprach sich niemand aus. Nur die anwesenden Unterkassierer äußerten ihre aus der Praxis geschöpften Bedenken. Aber alle versprachen, sich für die Durchführung der erhöhten Beiträge einzusetzen, wenn diese beschloffen werden. Gegen den Pflichtbeitrag wandte sich Kollege Kunze aus humanen und statutarischen Gründen. Von Wehler und Groenhoff wurden die Gründe dargelegt, die den Verbandsvorstand zur Einführung des Pflichtbeitrages veranlassen. Auf Antrag fand über diese Frage eine Abstimmung statt, durch die der Pflichtbeitrag gegen zwei Stimmen abgelehnt wurde. Der Vorsitzende konstatierte, daß sich gegen eine Beitragserhöhung niemand ausgesprochen habe.

Dann wurde noch auf die Betriebsratswahlen, auf die Verhlingsfrage und auf berufsstatistische Fragen hingewiesen.

Essen. In unserer am 5. Februar abgehaltenen Hauptversammlung gab der Vorsitzende einen Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. Aus den Ausführungen war unter anderem zu ersehen, daß der Stand der Mitglieder sich gegen das Vorjahr etwas verringert hat. Es liegt dies in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, zum Teil aber auch in der Laubte vieler Berufsangehöriger begründet. Einige Kollegen sind im Laufe des Jahres abgereist oder infolge Arbeitslosigkeit vom Beruf abgewandert. Pflicht unserer Kollegenschaft am Orte ist es, in der Agitation nicht zu erlahmen und dafür besorgt zu sein, daß die Reihen aufgefüllt werden und die Zahlstelle wieder auf die alte Höhe gebracht wird. Jeder einzelne muß bemüht sein, dem Verbands neue Kämpfer zuzuführen. Die Verwaltung hat nach dieser Hinsicht alles getan und Kosten und Mühe nicht gescheut. Auch den Jugendlichen wurde die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurde jedem jugendlichen Mitgliede ermöglicht, im Juli den Jugendtag in Düsseldorf zu besuchen. Die Kosten trug die Lokalkasse. Es hat leider den Anschein, daß alle aufgewendete Mühe bei unseren Jugendlichen umsonst gewesen ist. Als besonders nachahmenswertes Beispiel gewerkschaftlicher Treue sind unsern Jugendlichen diejenigen Kollegen hinzustellen, deren 25 jährige ununterbrochene Verbandszugehörigkeit wir auf unserm 25. Sitzungsfest im September feiern konnten. Es waren die Kollegen Max Hanke, Josef Upparp, Josef Schulte und Karl Froberg, die 25 Jahre Freud und Leid mit ihren Arbeitskollegen geteilt und auch in schlechtesten Zeiten nicht daran gedacht haben, dem Verband den Rücken zu kehren.

Die Wirtschaftskrise ist auch an unserer Zahlstelle nicht spurlos vorübergegangen und unsere Kollegen und Kolleginnen haben auch hier in Essen im vergangenen Jahre unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sehr zu leiden gehabt. Hier hat die Ortsverwaltung getan, was in ihren Kräften stand, diesen Opfern der Krise ihr hartes Los zu erleichtern. Unsere Lokalkasse kann dies besonders nachweisen.

Nachdem die ersten Punkte der Tagesordnung erledigt waren, wurde die Wahl der neuen Ortsverwaltung vorgenommen. Die Zusammensetzung des Vorstandes ist die alte geblieben mit Ausnahme des Kassierers. Da Kollege Brod amtsüdi war, wurde an seiner Stelle der Kollege Karl Breithuth gewählt, doch behält Kollege Brod das Amt des Unterkassierers bei. Ans Kartell wurde wie immer unser bewährter Kollege Hans Schwerdtner entsandt. Für die Essener Kollegenschaft heißt es für das laufende Jahr, alles daran zu setzen, damit der letzte Berufsangehörige uns angeschlossen wird.

Hamburg-Altona. In der Generalversammlung vom 17. Februar erstattete Kollege Küster den Jahresbericht. Als Wichtigstes entnehmen wir aus diesem, daß die Rationalisierungsbestrebungen der Unternehmer zusammen mit der technischen Entwicklung die immer raffinierter ausgeklügelten Maschinen hervorbringen, die die menschlichen Hände überflüssig machen, den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen und das Heer der Arbeitslosen vergrößern. So hatten auch wir im vergangenen Jahr mit einer starken Arbeitslosigkeit zu rechnen, obwohl in den einzelnen Branchen unseres Berufes das ganze Jahr über ein guter Geschäftsgang vorhanden war. Im letzten Quartal haben sämtliche Branchen sehr gut zu tun gehabt. Die Bestrebungen der Unternehmer, Akkordarbeiten einzuführen, festgelegte Akkordpreise wieder abzubauen, sowie dierige Vorkommnisse in den Betrieben brachten unserem Bureau im ganzen 118 Verhandlungen. Ingesamt machten sich über 300 Verhandlungen notwendig. Die Bildungsbestrebungen fanden guten Anklang, die von den Gewerkschaften veranstalteten Kurse wurden durchwegs von zehn unserer Mitglieder besucht. Ganz außerordentlich erfreulich ist es, daß die Jugendbewegung in guter Entwicklung begriffen ist und zu den besten Hoff-

nungen berechtigt. Den Rückgang der Mitgliederzahl, vor allem in der Kartonnagenbranche, führte Redner darauf zurück, daß in der Zigaretten- und in der Süßwarenindustrie gegen 500 Arbeiterinnen weniger beschäftigt werden. Andererseits nisten sich jedoch in so manchen Betrieben Elemente ein, die gerne die Erfolge der Organisation genießen, sich aber von der Beitragszahlung an den Verband drücken. Hier hat die Anstellung eines Hauskassierers schon sehr förderlich für unseren Verband gewirkt.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Thierbach. Die Lokalfasse schloß mit einem Bestand von 11 421,12 Mk. ab. An Arbeitslosenunterstützung wurde an 673 Kollegen und Kolleginnen für 15 715 Tage 14 990 Mk. ausgegeben. An 435 kranke Mitglieder verausgabten wir für 9403 Tage 6114,20 Mk. In ganzen wurden an 1198 Mitglieder 21 104,30 Mk. an Unterstützung ausgezahlt. Hinzü kommt, daß an Weihnachtsunterstützung die Lokalfasse 511,40 Mk. und die Verbandskasse 145,90 Mk. zur Auszahlung brachten. Redner wies auf die äußerst segensreichen Einrichtungen des Verbandes hin und ermahnte die Mitglieder zur pünktlichen Beitragszahlung.

Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen ergaben folgendes: In die Verwaltung wurden gewählt: Frau Kragmann und Frau Ruge, ferner die Kollegen Lange, Kleinert, Piennig, Heint und Wündle. Zu Revisoren wurden die Kollegen Kuhleder, Held und Schaeble gewählt, zu Kontrolloren die Kollegen Claudius, Möller und Jargstorf.

Hierauf sprach Küster über unsere „Lohn- und Arbeitsbedingungen und den Ablauf der Reichs- und Lohnsätze“. Er schilderte die mit den Unternehmern geführten Verhandlungen und teilte mit, daß der Lohnsatz für die Kartonnagenindustrie bis Ende April 1927 verlängert sei, der Manteltarif dagegen bis 31. Januar 1929. Der Buchdrucker-Buchbinder-Tarif, sowie das Lohnabkommen hierzu wurde bis zum 31. März 1927 verlängert und der Lohnsatz des „Api“ bis zum 13. April dieses Jahres. In der Aussprache hierüber wandten sich verschiedene Kollegen recht lebhaft gegen die eingetretenen Verlängerungen, da eine Erhöhung der Löhne dringend notwendig gewesen wäre. Sie verlangten vom Tarifausschuß, alles daran zu setzen, um eine Verbesserung der Tarife und der Entlohnung zu erreichen. Kollege Wächter fragte an, warum man im „Höq. Echo“ die Buchbinder als minderwertig behandle, da dort die Setzer und Drucker Löhne erhalten haben, von denen man die Buchbinder ausgeschlossen hat. Kollege Heiland erklärte, daß vor mehreren Monaten, als die Setzer Zulagen erhalten haben, die Buchbinder eine Zulage nachgefordert habe. Die Zulage für die Buchbinder sei jedoch von der Geschäftsleitung abgelehnt worden. Viele und lange Verhandlungen, zu denen auch unser Vorsitzender hinzugezogen worden war, brachten kein anderes Resultat und schließlich erhielten im ganzen vier Kollegen eine Zulage von 2,— Mk. für die Woche, die übrigen Kollegen und Kolleginnen gingen leer aus. Kollege Wächter richtete an die Ortsverwaltung das Ersuchen, die Kollegen bei Auer u. Co. in ihrem Vorhaben in ganz entschiedener Weise zu unterstützen, damit man in den Parteigeschäften das Personal nicht mit zweierlei Maß messe.

In recht markanter Weise referierte sodann Kollege Küster über die Suche des Ueberstundenunwesens. Er schilderte auf Grund einwandfreien Materials, wie einzelne Firmen die Ueberstunden ausgenutzt und wie Arbeiter und Arbeiterinnen der einzelnen Betriebe Raubbau mit ihrer Gesundheit durch 12 stündige Arbeitszeit getrieben haben. Firmen, die die Berechtigung zur Schichtarbeit vom Gewerbeaufsichtsamt bekommen haben, haben sich an diese Bewilligung nicht gehalten und haben aus der 8 stündigen Schicht eine 12 stündige gemacht, wozu sich wiederum Kollegen gefunden haben, die ohne Rücksicht auf die große Zahl der vorhandenen Arbeitslosen die 12 stündige Arbeitszeit leisteten. Redner forderte die Kollegen auf, alle Ueberstellungen dem Verbands zu melden, der das Ueberstundenunwesen mit Hilfe der behördlichen Instanzen bekämpfen wird. Die 8 stündige Arbeitszeit ist für unsere Kollegen das gegebene, damit die arbeitslosen Berufsangehörigen Beschäftigung erhalten. An der hierauf einsetzenden Aussprache beteiligten sich die Kollegen Lange, Claudius, Döpf, Vogt und Willert, die im Sinne des Referenten sprachen und die Beseitigung des Ueberstundenunwesens forderten. Eine Entschließung, worin die Versammlung auf das entschiedenste das Ueberstundenunwesen verurteilte und die Kollegen ersucht, die Ueberstunden ganz zu vermeiden und nur in ganz dringenden Fällen und dann auch nur im geringsten Maß zu leisten, wurde einstimmig angenommen.

Zu der am 20. März im Gewerkschaftshaus stattfindenden Einweihungsfeier des der Jugendgruppe gestifteten Wimpels wurde die Kollegenchaft zu zahlreicher Beteiligung aufgefordert.

Königsberg. Am 29. Januar fand unsere gut besuchte Versammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht, den Kollege Kleinfeld gab, ging hervor, daß Königsberg seit dem 1. Januar 1926 als Bezirksstelle ausgebaut ist und daß von hier aus die Bearbeitung der Provinz Ostpreußen erfolgt. Das hatte naturgemäß ein Anwachsen unserer Mitgliederzahl zur Folge. Weiter ist die Werbeweise zu erwähnen, die zwar nicht im erwarteten Sinne ausfiel, jedoch ebenfalls einen Mitgliederzuwachs brachte. Kollege Kleinfeld streifte dann noch die politischen Ereignisse des Jahres. Dann erstattete Kollege Kohnert den Kassenbericht. Die Kassenverhältnisse lassen viel zu wünschen übrig, was auch aus den folgenden Zahlen hervorgeht. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 1416,17 Mk., die Ausgaben 999,80 Mk. Die Einnahmen der Lokalfasse betragen 300,05 Mk., die Ausgaben 186,17 Mk., so daß ein Bestand von 113,88 Mk. vorhanden ist. Unsere Zahlstelle zählt 54 männliche und 60 weibliche Mitglieder, sowie 6 Lehrlinge. Dann berichtete Kollege Hauptmann vom Kartell. Bemerkenswert ist, daß beschloffen wurde, den 1. Mai in diesem Jahre nicht durch einen Linzug zu feiern. Die Berichte wurden ohne Diskussion entgegengenommen. Hierauf wurde zu den Neuwahlen geschritten. Mit Ausnahme des Schriftführers wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Der Vorsitzende appellierte zum Schluß an die Mitglieder, im neuen Jahre weiter kräftig mitzuarbeiten und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Mainz. Unsere Generalversammlung am 16. Februar hätte besser besucht sein können, besonders unsere Kolleginnen hätten mehr Interesse zeigen dürfen. Anwesend waren auch Kollege Metz-Frankfurt sowie Vertreter der graphischen Berufe. Der

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ gibt man an seine unorganisierten Mitarbeiter weiter.

Vorsitzende rügte den schlechten Besuch der letzten Vertrauenspersonensitzung, die sich insbesondere mit dem Antrag des Verbandsvorstandes auf Erhöhung des Beitrages befaßte. Dann ergriff Metz zu dieser Sache das Wort. Er führte unter anderem aus, daß eine Beitragserhöhung gerade in dieser Zeit unpassend sei; auch in Mainz stimmte der größte Teil der Mitglieder gegen diese. Kollege Bitter (Vorsitzender des Graphischen Kartells) machte die Kollegenchaft auf die Rückforderung zuviel bezahlter Lohnsteuern aufmerksam. Kollege Bernhardt erstattete sodann den Geschäftsbericht. Die hiesige Kollegenchaft ist in bezug auf den Versammlungsbesuch nicht gerade die beste. Bezeichnend ist, daß ein Teil Kolleginnen, die längere Zeit arbeitslos waren, nicht wieder zur Organisation zurückkehrten, trotzdem die Zahlstelle mit dem Betrieb, in dem sie wieder beschäftigt sind, einen örtlichen Tarif abschließen muß. In einem anderen Betrieb stellte ein Teil der Kolleginnen die Beitragszahlung ein, da sie keine Ueberstunden mehr machen können und den Verband scheinbar dafür verantwortlich machen. Es gibt leider noch Personen, die nur das eigene Ich kennen und die Not der anderen nicht sehen. Im vergangenen Jahre fanden 7 Versammlungen, 7 Vertrauenspersonensitzungen, 8 Vorstandssitzungen, 2 Betriebsversammlungen und 2 Kartonnagenversammlungen statt. Ferner wurden besucht 7 Sitzungen und 2 Vorträge des Graphischen Kartells. Letztere waren von unseren Mitgliedern schlecht besucht. Lohnverhandlungen fanden 2 statt. Der Mitgliederbestand ist leider von 170 auf 117 zurückgegangen; das ist teilweise auf die Einschränkung eines Betriebes zurückzuführen. Die Wahl ergab folgendes: 1. Vorsitzender: Bernhardt, 2. Vorsitzender: Wiesenmüller, Schriftführer: Kollegin Kastello, Kassierer: Göhner, Beisitzer: Kersting sowie die Kolleginnen Klein und Wathes, Revisoren: Bangel und Wager. Beschlossen wurde, eine intensive Hausagitation zu betreiben. Nachdem Kollege Bernhardt noch auf die in nächster Zeit stattfindenden Lohnverhandlungen hingewiesen und die Mitglieder aufgefordert hatte, mehr als im vergangenen Jahre für die Organisation zu arbeiten, damit auch in Mainz alle Kolleginnen und Kollegen organisiert sind, schloß er die Versammlung.

Härnberg-Fürth. Die Jahreshauptversammlung am 17. Februar war nicht so besucht, wie sie es hätte sein müssen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Verstorbene in üblicher Weise geehrt. Es sind dies Kollege Grinn und die Kolleginnen Brennhauser, Mehlinger und Müller.

Der von Weinläder erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Ende des Jahres 1925 einsetzende Wirtschaftskrise sich im Laufe des Jahres 1926 weiter verschärfte hat. Nur in den Monaten Oktober bis Dezember war eine unbedeutende Wiederrückgang eingetreten. Es ist uns kein Jahr einleuchtend mit einem ähnlich furchtbaren wirtschaftlichen Niedergang. Die Zahl der über 1 Jahr Arbeitslosen stieg von Monat zu Monat. Augenblicklich sind immer noch gegen 300 Arbeitslose vorhanden. Im Berichtsjahr wurden 20 505 Mk. an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt, an Krankenunterstützung 4976 Mk., an Invalidenunterstützung 1015 Mk. und an Hinterbliebenenunterstützung 252 Mk., zusammen 26 749 Mk. Das sind Riesensummen für die örtlichen Verhältnisse, die alles bisher Dagewesene weit überschreiten. Die am 1. November 1926 in Kraft getretene Verlängerung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung hat sehr segensreich gewirkt. Nicht nur Ausgetretene hatten davon wirksame Hilfe, sondern alle Arbeitslosen haben die eingetretene Verlängerung genießen können. Aber auch die in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen, die ursprünglich die kleine Beitragserhöhung von 5 bzw. 10 Pf. willig auf sich genommen haben, zunächst einmal, um ihren notleidenden Arbeitsbrüder und -Schwestern ihr schweres Los zu erleichtern, genießen eintretendenfalls selbst die verlängerte Unterstützung. Etwas für in Not geratene Mitmenschen zu opfern und dabei gleichzeitig selbst zu gewinnen, das ist nur durch die Einrichtungen des Verbandes möglich.

Bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist zu sagen, daß es trotz der schweren Krise gelungen ist, fast durchweg den in anderen Berufen eingetretenen Lohnabbau von unserer Kollegenchaft fernzuhalten. Unsere Aufgabe in nächster Zukunft muß es sein, Vohrerhöhungen zu erkämpfen zum Ausgleich der bevorstehenden Mietpreiserhöhung und der schon eingetretenen Steigerung der Preise für andere unentbehrliche Lebensmittel, wie Brot usw. Wenn es trotz des schweren wirtschaftlichen Niederganges gelungen ist, drohende Verschlechterungen abzuwehren, dann ist dies ein deutlicher Beweis, daß unser Verband in jeder Beziehung gefestigt dasteht. Die Tatsachen lehren uns neuerdings wieder, daß wir alle Ursache haben, danach zu streben, daß es unorganisierte nicht mehr gibt. Nur dann kann der Verband auch in Zukunft eine Tarifpolitik treiben, die den Berufsangehörigen Segen bringt. Das zurückliegende Krisenjahr hat bewiesen, daß wir sehr starken Stürmen gewachsen sind. Durch andauernde, zähe Werbearbeit müssen wir dahin kommen, eine solche Macht darzustellen, die allen, auch den heftigsten Örtlichen Trotz bieten kann. Und Hunderte sind noch zu gewinnen!

Durch die Wirtschaftslage war die agitatorische Kleinarbeit sehr gehemmt und auch wenig erfolgreich. Nicht einmal die Hälfte der Aufnahmen vom Jahre 1925 konnten erzielt werden. Das darf uns nicht entmutigen, im laufenden Jahre alles nachzuholen. Die Mitgliederzahl weist am 1. Januar 1927 210 männliche und 1350 weibliche, zusammen 1560 auf. Es ist dies ein Rückgang von rund 160 Mitgliedern gegenüber dem Vorjahre, der unter den obwaltenden Umständen erklärlich ist.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, daß selbst das außergewöhnlich schwere Krisenjahr 1926 ohne schwere Verluste überstanden wurde. Auf tariflichem Gebiete ist es gelungen, Verschlechterungen in der Hauptsache hintenan zu halten. Diese Tatsache gibt uns neuen Mut zur ständigen Werbearbeit! Allen Kollegen und Kolleginnen, die uns unterstützt haben durch ihre Mitarbeit, sei herzlich Dank gesagt!

Die Abrechnungen lagen vervielfältigt vor, so daß Kollege Herber lediglich einige Erläuterungen zu geben und das Revisionsprotokoll zu verlesen hatte.

Die Neuwahlen vollzogen sich reibungslos. Nachdem für den ausscheidenden 2. Schriftführer ein Ersatz gewählt war, wurde die übrige leitende Verwaltung einschließlich der Revisoren einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende verwies noch auf die Betriebsrätewahlen und die Lehrlingsfrage mit der Aufforderung, auf diesen Gebieten rüstig vorwärts zu arbeiten.

Reutlingen. Unsere Generalversammlung fand am 13. Februar statt; sie war verhältnismäßig gut besucht. Kollege Bitterling gab den Geschäftsbericht. Aus demselben ist besonders der Kampf hervorzuheben, den wir im letzten Jahr mit der größten Firma am Orte wegen der Anerkennung des VDB-Tarifses auf Grund der Allgemeinverbindlichkeit geführt haben. Durch das Gewerbegericht wurde dann auch nach mehreren Verhandlungen die Firma zur Anerkennung des VDB-Tarifses verurteilt. Weiter mußte fast das ganze Jahr gegen einen zu hohen Abzug vom Akkordtarif durch die Firma E. u. L. gekämpft werden. Während dieser Zeit ruhte die Akkordarbeit vollständig. Dieser Konflikt konnte dann durch einen Vergleich mit der Firma beigelegt

Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht veräumt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

werden. Von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit blieben wir ebenfalls nicht verschont, bis dann der Herbst eine Besserung des Geschäftsganges brachte. Der Mitgliederstand stamm mit 76 männlichen und 38 weiblichen Mitgliedern, sowie 12 Lehrlingen als gut bezeichnet werden. Versammlungen haben 16 stattgefunden. Aus dem Kassenbericht ist hervorzuheben, daß an Arbeitslose 1046 M. und an Kranke 842 M. ausgezahlt wurden. An die Verbandskasse konnten 2060 M. eingelangt werden. Die Neuwahl der Ortsverwaltung brachte nur die eine Aenderung, daß für den ausscheidenden Kollegen Schäfer der Kollege Speidel gewählt wurde.

Dann nahm die Versammlung Stellung zu der geplanten Beitragserhöhung und der Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung. In der Diskussion sprach sich die Mehrzahl der Redner gegen eine weitere Erhöhung der Verbandsbeiträge aus. Die Vorlage des Verbandsvorstandes wurde als gutgemeint anerkannt, doch eine weitere Beitragserhöhung sei nicht tragbar. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, schloß Bitterling die gut verlaufene Versammlung, an die sich eine Familienunterhaltung mit musikalischen Vorträgen angeschlossen.

Stuttgart. Die Generalversammlung unserer Zahlstelle fand bei befriedigendem Besuch am 16. Februar statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der im Jahre 1926 verstorbenen Mitglieder der Zahlstelle in ehrender Weise gedacht. Kollege Drehwald erstattete dann den Tätigkeits- und Kassenbericht.

Wenn wir als Mitglieder einer Gewerkschaft am Allotmesterstein eines Zeitabschnittes auf den zurückgelegten Weg blicken, den wir gehen, um in gemeinamer Arbeit als Arbeiterklasse zur politischen und ökonomischen Gleichberechtigung zu gelangen, dann können wir immer wieder, wenn auch in der kurzen Zeitspanne eines Jahres nur kleinere Erfolge feststellen. Die Erfolge unserer unermüdbaren gewerkschaftlichen Arbeit summarisch betrachtet geben uns auch weiteren Ansporn, unermüdblich auf unserem Weg weiter zu schreiten. Sehr viel ist noch an Arbeit zu leisten. Trotz der politischen Gleichberechtigung haben wir die ökonomische noch lange nicht, leider zum großen Teil nur deswegen nicht, weil die Klasse der Arbeitenden von der Klasse der Besthenden in geistiger Abhängigkeit leben oder in eigener Unwissenheit verharren. Unsere Tätigkeit besteht zum größten Teil noch darin, diejenigen, die heute nicht in unseren Reihen sind, erst einmal für uns zu gewinnen. Diesen agitatorischen Aufgaben war das Interesse der Ortsverwaltung auch im letzten Jahre gewidmet. In 51 Werkstättenversammlungen, sowie auch bei jeder anderen Zusammenkunft der Kollegenschaft und durch Verbreitung von Flugchriften wurde versucht, diese Aufgabe zu erfüllen. Durch die rege Mitarbeit der Vertrauensleute wurden 286 Aufnahmen gemacht. Die Wirtschaftskrise hat leider den Erfolg dieser Arbeit wieder zunichte gemacht, denn es mußten 424 Mitglieder aus den Listen gestrichen werden. Am Jahresende zählten wir 113 Mitglieder weniger als am Jahresbeginn. Fest steht jedoch, daß die Zahl der am Ort beschäftigten Berufsangehörigen um 500 Personen niedriger ist als im Jahre 1925. In der Buchbinderei, Buchdruckerei und den Geschäftsbücherfabriken ist ein gutes, in der Briefumschlagindustrie ein befriedigendes, in den übrigen Branchen dagegen ein ungenügendes Organisationsverhältnis zu verzeichnen.

Der Bildungs- und Jugendfrage wurde die größte Aufmerksamkeit gewidmet und eine Anzahl Vorträge und Exkursionen veranstaltet. Kollege Döbbling wurde im Laufe des Jahres von der Ortsverwaltung wieder als Jugendleiter bestellt, daran darf die Hoffnung geknüpft werden, daß nun mehr Leben in die Jugendarbeit kommt. Ein Kollege der Zahlstelle wurde durch die Vermittlung des Verbandsvorstandes auf die Volkshochschule nach Tübingen und ein anderer auf die Hochschule in Frankfurt a. M. entsandt. Vertikale Tarifverhandlungen fanden im Berichtsjahr nicht statt. Die Ueberwachung der reichsarbeitslichen Vereinbarungen, sowie der gesetzlichen Schutzbestimmungen für Jugendliche und Arbeiterinnen brachte in einer Reihe von Fällen, in denen es den Betriebsvertretungen nicht gelang, zu Rande zu kommen, das Einschreiten der Verwaltung mit sich. In wenigen Fällen mußten die Gerichte

in Anspruch genommen werden. Die Tatsache, daß wir außer in der Kartonnagenbranche dem Ansturm der Unternehmer auf Verschlechterung der Lohn- und Manteltarife standhalten konnten, ist der Widerpiegel der organisatorischen Verhältnisse der einzelnen Branchen. Nicht erfreulich ist die Tatsache, daß eine Reihe von betrieblichen Vereinbarungen, die in früheren Jahren über die reichsarbeitslichen Bestimmungen hinaus getroffen werden konnten, zum Teil verloren gingen.

Die Krise brachte für alle Zweige unseres Berufes starke Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit mit sich. Im Jahresdurchschnitt haben 854 Mitglieder verkürzt gearbeitet und 212 waren arbeitslos. Mit Beginn des neuen Jahres hatten wir 15 Mitglieder, die über 1 Jahr, 16 bis 52 Wochen, 8 bis 39 Wochen, 9 bis 26 Wochen und 8, die bis 13 Wochen arbeitslos waren. Die Hilfe für die Arbeitslosen und Ausgefeuerten hat sich die Ortsverwaltung sehr angelegen sein lassen. Durch Sammelkassen und durch Extrabeiträge, die durch Urabstimmung beschlossen worden waren, wurden rund 5400 M. aufgebracht und aus der Lokalkasse wurden weitere 1584 M. dazu gegeben und an die Ausgefeuerten ausbezahlt.

Die Zusammenarbeit mit den Verbandskörperschaften, dem Ortsausschuß und den graphischen Verbänden war kollegial, wobei allerdings vermehrt werden muß, daß das bestehende graphische Kartell äußerst wenig von sich hören läßt.

Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß der Bestand der Lokalkasse gegenüber dem Vorjahr um 526 M. zurückgegangen ist. An Unterstühtungen wurden allein von der Lokalkasse 7051,95 M. ausgegeben. Die Hauptkasse mußte anfangs des Jahres 9500 M. Zuschuß leisten, wofür am Ende des Jahres wieder 14500 M. eingelangt wurden. An Unterstühtung hat die Hauptkasse allein über 38000 M. ausgegeben müssen. Am Schluß seines Berichtes dankte der Berichterstatter allen Mitarbeitern für die eifrige Tätigkeit und appellierte für die gleiche Unterstühtung auch im neuen Jahr.

In der Diskussion wurden Auslegungen an der Tätigkeit der Ortsverwaltung nicht gemacht. Es sprachen der Kollege Döbbling zur Jugendfrage, die Kollegen Remmlinger, Jenner, Reichert und Hebel machten Ausführungen über die Feier des Guten Montags, über das Verbandshaus und über die Arbeitszeitfrage.

Die Neuwahlen der Ortsverwaltung und der Revisoren ergab folgendes Resultat: Als Branchen-

Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 9. Wochenbeitrag für 1927 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achte auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

vertreter wurden bestätigt die Kollegen Bihl, Koch, Rosenkranz und Seeg. Als Beisitzer wurde gewählt die Kollegin Rewes und die Kollegen Essig, Saale, Reichert und Schuhmacher. Revisoren blieben die Kollegen Anders, Claß und Jenner. Ein Antrag, die Agitation unter den Frauen durch Abhaltung einer Frauenkonferenz zu unterstützen, wurde nach einem Vorschlag des Kollegen Remmlinger der Ortsverwaltung zur Erledigung überwiesen. Nachdem dann noch einige interne Angelegenheiten zur Erledigung gebracht waren, fand die Versammlung ihr Ende.

Inhaltsverzeichnis.

Die Gewerkschaften als gesellschaftliche Macht. Aus der Lüten- und Beutel-Industrie. Die Arbeitslosigkeit in deutschen Gewerkschaften. Der Ausschuß des ADGB. Zur Erwidern. Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung und Beitragserhöhung. Zur Beitrags- und Arbeitslosenfrage. Zur Beitrags- und Unterstühtungsfrage. Verbandsbeitrag und Ausgefeuertenunterstützung. Das Ueberziehen von Plakaten mit Cellophan. Die Herstellung fleißiger Broschüren. Berichte: Barmen-Elberfeld. — Essen. — Hamburg-Altona. — Königsberg. — Mainz. — Nürnberg-Fürth. — Reutlingen. — Stuttgart. Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Fernunterricht von der Arbeiterakademie und den Wirtschaftsschulen. — Aufhebung früherer Ausschüsse. — Arbeitslosenstatistik. — Adressenänderungen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Fernunterricht an der Arbeiterakademie und den Wirtschaftsschulen. Zur Vermittlung einer gewissen gleichmäßigen Vorbildung für die Teilnehmer an den Lehrgängen in der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. und in den Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf, ist von allen diesen Unterrichtsanstalten ein Fernunterricht eingerichtet worden. In dem Fernunterricht haben die Teilnehmer nach schriftlichen Vorkursen und Durcharbeitung bestimmter Bücher schriftliche Aufsätze an die Schulleitung einzuliefern, die dann von der Schulleitung durchgesehen und nötigenfalls mit Ratschlägen und Anregungen für die weitere Arbeit beantwortet werden.

Die Teilnahme an diesem Fernunterricht soll für die Folge Vorbedingung sein für die Zulassung zu den ordentlichen Lehrgängen an den oben genannten drei Unterrichtsanstalten. Wir empfehlen deshalb allen Kollegen und Kolleginnen, die Absicht haben, sich um die Zulassung zu weiteren Lehrgängen an den Unterrichtsanstalten zu bewerben, sich möglichst bald zur Teilnahme am Fernunterricht an einer der in Frage kommenden Anstalt anzumelden, da am möglichst lange Teilnahme am Fernunterricht von den Schulleitungen Wert gelegt wird. In Frankfurt a. M. beginnt der Fernunterricht erst im Juni d. J. In Berlin und Düsseldorf hat er bereits begonnen. Die Teilnahme am Fernunterricht ist für die Mitglieder unseres Verbandes unentgeltlich.

Die Adressen für die Anmeldung zum Fernunterricht sind die folgenden:

An die Leitung der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M., Mertonstraße 17, Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, Berlin-Schmargendorf, Rathaus, Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, Düsseldorf, Albenackstr. 51.

Von der erfolgten Anmeldung zum Fernunterricht bitten wir auch uns Kenntnis zu geben.

2. Aufhebung früherer Ausschüsse. Eine Revision des Verzeichnisses der Ausgeschlossenen hat uns veranlaßt, alle über zwei Jahre zurückliegenden Ausschüsse aufzugeben, soweit nicht besondere Bedenken dagegen vorlagen oder von den beteiligten Zahlstellen geltend gemacht wurden.

Eine Liste aller früheren Mitglieder, die noch fernerhin als nach § 16b ausgeschlossen zu gelten haben, wird den Kassierern aller Gauen und Zahlstellen zugelandt. Wir bitten, das überall zu führende Verzeichnis der Ausgeschlossenen entsprechend zu berichtigen. Sollte ein Buch für das Verzeichnis der Ausgeschlossenen irgendwo nicht vorhanden sein oder sollte die neue Liste der Ausgeschlossenen bis zum 1. März irgendwo nicht eingehen, bitten wir um entsprechende Nachricht.

3. Karten zur Arbeitslosenstatistik sowie die Berichtskarten über den Geschäftsgang in den Betrieben sind den Kassierern der Zahlstellen und Gauen in den letzten Tagen wieder überfandt worden. Wir bitten um pünktliche Einlieferung, damit Mahnungen vermieden werden.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Essen. B.: F. Biefede, Heimadankstr. 32.
K.: R. Breithuth, Kastanienallee 15.
Unterstützungsauszahler: B. Brodt, Volkswacht, Grabenstr. 67. Nur Wochentags 12—1 Uhr.
Freiberg i. Sa. B.: M. Lenhard, Münchstr. 25.
K.: P. Streubel, Pfarrgasse 33.
Alle Zuschreibungen sind an den Kassierer zu richten.
Auszahlung: 1/6—1/8, Sonntags 10—12 Uhr.

Der Verbandsvorstand.